

Das Leo-Center ist 35 Jahre alt und floriert, die Stadt hinkt ihren Aufgaben noch immer hinterher!

Eberhard Schmalzried

Vor 35 Jahren, am 9. Oktober 1973, wurde mit dem Leo-Center das erste Einkaufszentrum in Süddeutschland eingeweiht. Es war damals tatsächlich eine Besonderheit, dass ein Einkaufszentrum nicht auf die grüne Wiese am Stadtrand, sondern mitten in die Stadt gebaut wurde. Neben dem Wunsch, die beiden Stadtteile Leonberg und Eltingen besser zu verbinden und zusammen zu führen, sollten auch kurze Wege zum Einkaufen angeboten werden. Ein an sich richtiger Gedanke, denn kurze Wege bedeuten weniger Autofahrten, sollte man meinen.

Doch die Stadt hat ihre Aufgabe bisher nicht erledigt. Wer ein Einkaufszentrum in die Stadtmitte baut, um unnötigen Autoverkehr zu vermeiden, muss entsprechende Angebote für Alternativen zum Auto anbieten. Sonst fahren die Kunden von Eltingen und dem E-zach, aus der Haldensiedlung, aus dem Ramtel und natürlich auch aus den Teilorten Höfingen, Gebersheim und Warmbronn mit dem Auto ins Center und dann haben wir den dichten Motorisierten Individual Verkehr, kurz den MIV genannt, mitten in der Stadt, genau dort, wo wir ihn eigentlich vermeiden wollten.

Es zeigt sich: Unser Verkehrsproblem ist hausgemacht! Gegen die überbordende Autoflut, gegen den Lärm und den Feinstaub hilft weder ein Tunnel unter der Altstadt noch eine "Grüne Welle" durch die Stadt. Gäbe es sichere und attraktive Radwege zwischen der



Alles rennt der "Goldenen Gans" hinterher

Altstadt und der Stadtmitte, gäbe es ein gut funktionierendes, preiswertes, dichtes und attraktives Nahverkehrsnetz zwischen der Neuen Stadtmitte und den Teilorten, dann würde mancher Kunde das Auto zu Hause lassen und zur Fahrt ins Leo-Center in den Bus steigen.

Jetzt plant die Stadt einen großen Elektronik-Einkaufsmarkt auf dem Parkplatz an der Römerstraße zwischen Volksbank und Leo 2000. Nicht nur, dass dort dann weiter hunderte von Parkplätzen angeboten werden, die unsere Situation verschärfen, die Stadt gibt damit ein durchaus geeignetes Gelände preis, auf dem ein zentraler Omnibusbahnhof ZOB gebaut werden könnte. Von dort sind es nur ein paar Schritte zum Leo-Center und zur Stadthalle, der Stadtpark liegt in der Nähe, die Stadthalle, die Schulen, das Rathaus, das Hallenbad. Ist dieser Parkplatz zuge-

baut, wo soll denn dann der dringend benötigte ZOB entstehen. Der Zentrale Omnibusbahnhof gehört in die Stadtmitte, nicht an den Bahnhof, ist das so schwer zu begreifen?

Wir sind auf dem falschen Weg! Es ist Zeit für einen Neuanfang in der Stadt- und Verkehrspolitik! Das Gejammere, es sei kein Geld da - ich kann es nicht mehr hören. Allein für neue Stühle und Tische in der Stadthalle liegen 300.000 € im Stadtsäckel. Der Ausbau der Stuttgarter Straße kostet den Steuerzahler an die fünf Millionen, der Zubringer zum Westanschluss, der Ausbau der Brennerstraße, die ganzen Kreisel - es sind alles Maßnahmen zur Förderung des MIV. Wer Straßen baut, muss sich nicht wundern, wenn Autos darauf fahren. Wer duldet, dass Radfahren in der Stadt gefährlich ist, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen ihr Fahrrad nur sonntags zur Fahrt ins Grüne benutzen, wer Bürgerinnen und Bürger unzumutbar lang auf den Bus warten lässt, der sie erst auf Umwegen zum Ziel bringt, muss sich nicht wundern, wenn sie glauben, Busfahren sei bloß was für arme Leute.

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sagte neulich bei einer Veranstaltung von GABL und Grünen in Leonberg: "Wenn den OB etwas nicht interessiert, dann passiert auch nichts". Da ist sicher was dran. Im Juni 2009 wird ein neuer Gemeinderat gewählt, im Herbst 2009 der OB. Gute Gelegenheiten, die Weichen neu zu stellen, das Ruder umzulegen. Nutzen wir sie!

Baden-Württemberg - Kinderland?

von Gabriele Frenzer-Wolf

Im vergangenen Schuljahr hatte der Druck von Eltern und Lehrer auf die Landesregierung erheblich zugenommen: Es bildeten sich Elterninitiativen, wie "Schule mit Zukunft", die mit Unterschriftensammlungen und Demonstrationen einforderten, dass die Schulen in Baden-Württemberg den in Landesverfassung und Schulgesetz verankerten Bildungsauftrag erfüllen - und zwar zu aller erst durch sofortige Senkung des Klassenteilers. Ein Schulleiter einer Hauptschule in Ravensburg forderte - unterstützt von mehr als 450 seiner Kollegen - in einem offenen Brief an Kultusminister Rau die Abschaffung der Hauptschule, die nur noch eine Restschule sei, um sofort vor die Schulaufsicht zitiert zu werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung blieb aus.

Gleichwohl sah sich die Regierung zum Handeln gezwungen und zu Beginn des neuen Schuljahres wartete sie mit dem Maßnahmenpaket "Qualitätsoffensive Bildung" auf: Etwa 4000 zusätzliche Lehrerstellen soll es in diesem Jahr geben. Außerdem wird die "schrittweise Absenkung" des Klassenteilers in Aussicht gestellt.

Auf den ersten Blick werden wesentliche Forderungen damit erfüllt. Bei genauerem Hinsehen sieht es schon nicht mehr so rosig aus: Tatsächlich resultieren die ca. 4.000 "zusätzlichen" Lehrerstellen schlicht aus einem Verzicht auf Stellenstreichungen, die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen bereits geplant waren. Das heißt:

Kein einziger Lehrer wird zusätzlich eingestellt! Außerdem wurden erhebliche Einsparungen bei den Lehrerstellen bereits durch die Einführung von G 8 auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler erzielt. Im Ergebnis wird kaum ein Kind von den "Stellensteigerungen" tatsächlich profitieren.

Auch die angekündigte Absenkung des Klassenteilers entpuppt sich schnell als magere Kost. Tatsächlich ist Baden-Württemberg beim Klassenteiler "Spitze". In der Grundschule gibt es kein anderes Bundesland mehr, in dem Klassen mit 31 Kindern gebildet werden. Für Realschule

bayrische Regierung ihr Wahlziel verfehlt. In Baden-Württemberg dürfen wir nun im Schuljahr 2011/2012 auf eine Absenkung auf 30 und in der folgenden Legislaturperiode (2011 - 2016) auf 28 hoffen.

Ob mit den dafür geplanten weiteren 3200 Lehrerstellen auch eine Teilung der heutigen sehr großen Klassen in Grund-, Real- und beruflichen Schulen sowie Gymnasien einhergeht, darf bezweifelt werden. Viele Schulen platzen bereits heute aus allen Nähten und könnten weitere Klassen kaum unterbringen. In den Hauptschulen dagegen sinken die Schülerzahlen so erheblich, dass viele Schulen in ihrer Existenz be-

droht sind. Es ist zu erwarten, dass die Maßnahmen vor allem darauf abzielen, die Hauptschulen zu stärken. Dies ist denn auch das politische Credo dieser Regierung.

In dieses Bild passt, dass die Schulen, die eine offene Ganztagesbetreuung anbieten, dafür sage und schreibe 5 Lehrerstunden bekommen. Die nachmittägliche Betreuung soll damit nahezu

ohne qualifizierte Pädagogen von Jugendbegleitern (z.B. aus Vereinen), Schülerinnen und Schülern als Tutoren bei der Hausaufgabenbetreuung und Eltern bestritten werden. Alles in allem erweist sich die gepriesene "Qualitätsoffensive Bildung" der Landesregierung als Mogelpackung: "Kinderland ist abgebrannt".



und Gymnasium glauben mit unserer Regierung nur noch Bremen, Hessen und teilweise Bayern und das Saarland, dass mit 33 Jugendlichen in einer Klasse sinnvoll gearbeitet werden kann - und das in Klassenzimmern, die für 25 Schülerinnen und Schüler gebaut wurden. Nicht zuletzt wegen ihrer verfehlten Schulpolitik haben aber sowohl die hessische als auch die

Altweibersommer

Was hat eigentlich der "Altweibersommer" mit "alten Weibern" zu tun? Zunächst: es gibt im Herbst winzige Jungspinnen, die weniger als ein Hundertstel Gramm wiegen. Bei ruhigem warmem Wetter im Herbst recken sie das Hinterteil gen Himmel und schießen feinste Fäden nach oben, mit deren konvektivem Abdriften sie dann selbst von hinnen segeln. Diese Gespinste verglich man einmal mit den Lebensfäden der "Nornen" - eben mit "alten Weibern". Die Nornen heißen angelsächsisch die Mettena (Messende), woraus sich im Volksmund "Metten-Sommer" und weiter "Mädchen-Sommer" ableitet.

Der Begriff "Altweibersommer" ist tief verankert in überlieferter Volkskultur, in Bauernregeln, in der Literatur; niemand sollte sich dadurch beleidigt fühlen - sollte man meinen. Das sahen jedoch im Jahre 1988 einige unbescholtene ältere Damen aus Darmstadt anders. Sie verklagten den Deutschen Wetterdienst (DWD) beim zuständigen Landgericht auf Unterlassung dieses Begriffs in Wetterberichten: "Das Anliegen der Klägerin ist es, die Diskriminierung der Frauen durch die Sprache zu beseitigen".

Die Klage wurde eingereicht, verhandelt und wie folgt entschieden: "...der Begriff Altweibersommer ist seit Jahrhunderten im deutschen Sprachgebrauch fest verankert und stellt in der meteorologischen Wissenschaft einen Terminus für eine oft Ende September bis Anfang Oktober währende trockene und heitere Wetterlage dar. Der Begriff ist positiv besetzt. Der objektive Tatbestand des § 185 StGB setzt grundsätzlich einen Angriff auf die Ehre voraus. Da durch das Verhalten des Deutschen Wetterdienstes unzweifelhaft kein direkter Angriff auf die Persönlichkeitsrechte der Klägerin gegeben ist, ist die Klage in jedem Fall unbegründet und wird abgewiesen". (LG Darmstadt, 2.2.89, Az. 3O535/88). Damit wurde gezeigt: Rechtsstaatlichkeit kann auch mit Humor einhergehen.

Neues aus Höfingen und Gedanken zum Radfahren

von Klaus Wankmüller

Bädle

Am Sonntag, 21. September 2008 gab es die Möglichkeit, im Rahmen der Woche des Ehrenamts, einen Blick hinter die Kulissen des "Bädle" zu werfen. Bei schönem Wetter bauten die jüngeren Besucher am Rand des Babybeckens Holzboote, die nach Fertigstellung auf die Schwimmtauglichkeit getestet wurden. Die Erwachsenen konnten sich in der Zwischenzeit das Freibad etwas genauer anschauen. Es gab eine ausführliche Führung, wie das Bädle funktioniert und welcher Aufwand betrieben wird, um immer eine einwandfreie Wasserqualität zu gewährleisten.

In den vergangenen Wochen waren immer viele freiwillige Helfer im Bädle um es für den Winter fit zu machen und die Vandalismus-Schäden zu beseitigen. Der Betrieb des "Bädle" scheint auch für die weiteren Jahre gesichert, da sich die neu ausgearbeiteten Verträge zwischen den Naturfreunden, Bädle und Stadt Leonberg auf einem guten Weg befinden.

Lärmaktionsplan

Leonberg hat sich an der Lärmkartierung beteiligt. In Höfingen ist hauptsächlich die Durchgangsstraße betroffen. Der Bahnlärm ist in dieser Kartierung allerdings nicht enthalten, da die Bahn bisher noch keine Angaben gemacht hat. Da ein Kfz, das mit 30 km/h fährt, wesentlich weniger Lärm verursacht, hat die GABL im Ortschaftsrat in der Diskussion und als Empfehlung an den Gemeinderat, den Antrag gestellt, als eine Lärmschutzmaßnahme, die Geschwindigkeit zu verringern.

Verkehrsberuhigung

Die Anregungen von Anwohnern und von der lokalen Agenda haben sich in vielen Punkten in den Plänen niedergeschlagen. Nun müssen auch Gelder für die geplanten Umbaumaßnahmen im nächsten Haushaltsplan eingestellt werden.

Radfahren

Radfahrer dürfen selbstbewusst am Straßenverkehr teilnehmen. Vor dem Kreisverkehr (z.B. OBI-Kreisel) dürfen die Radfahrer sich in den Autoverkehr einfädeln und als „vollwertiger Teilnehmer“ in den Kreisverkehr einbiegen. Auf Straßen ohne Radweg sollten Radfahrer am besten mit einem Abstand von 70cm bis 1m vom rechten Rand fahren um genügend persönlichen Sicherheitsabstand zu haben.

Um mehr Menschen vom Radfahren zu begeistern, müssen außer einem guten Radwegenetz noch mehr Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören auch Verbesserung der Wegweisung, Beseitigung von Gefahrenstellen durch bauliche Maßnahmen, Ausbau des Angebots der Kombination ÖPNV und Fahrrad und möglichst ebenerdige und sichere Abstellmöglichkeiten im Öffentlichen Raum.

RADL sieht den OBI-Kreisel als positive Entwicklung. Er ist gut mit dem Fahrrad passierbar. Die RADL / GABL werden den Kreisel auch weiter beobachten und die Kritikpunkte aus der Bevölkerung in der nächsten Radwegekommission ansprechen.



Cross-Border-Leasing - schon damals faules Geschäft

Liebe Frau Kollegin Staubach, ich bin richtig gerührt von Ihrem Leserbrief am 30. Oktober in der Leonberger Kreiszeitung über das Cross-Border-Leasing Vorhaben der Stadt Leonberg vor fünf Jahren. Sie haben natürlich Recht: Die Freien Wähler und die GABL haben zusammen nicht die Mehrheit im Gemeinderat und sie hätten das Ansinnen der Stadtverwaltung nicht allein verhindern können. Sie, liebe Frau Kollegin, müssten aber auch wissen, was sich damals im Leonberger Gemeinderat wirklich abspielt hat: Die CDU-Fraktion stand geschlossen hinter ihrem Parteifreund, dem Ersten Bürgermeister Noé - und der wollte die CBL mit aller Macht durchsetzen. Die GABL hatte wochenlang und eindringlich vor diesem "windigen" Geschäft gewarnt und lange keine Mitstreiter gefunden - lesen Sie nach in den GABL-Postillen vom Dezember 2002 und Januar 2003 (www.gabl.de). Alwin Grupp, der Vorsitzende Ihrer Fraktion, forderte damals, man solle "jede Möglichkeit prüfen, die Geld in die Kasse bringt". Die GABL dagegen mahnte, Politik solle sich auf die alten Werte und Tugenden besinnen; sie müsse redlich agieren, den geraden Weg gehen und Trickereien meiden. "Ehrlich währt am längsten".

Als Ende Januar 2003 ein "Finanzexperte" der Daimler-Bank im Gemeinderat die Fragen der Stadträte nicht beantworten konnte, äußerte auch Erwin Widmaier von den Freien Wählern Zweifel am CBL-Geschäft. Trotzdem wollte die Verwaltung am 3. April 2003 die Zustimmung des Gemeinderats zur Prüfung eines CBL-Geschäftes durchsetzen. Mit den Stimmen FWV, GABL, SPD gegen die Stimmen der CDU wurden die Daimler-Chrysler-Experten vom Verwaltungsausschuss nach Hause geschickt. Die CDU ist bis heute nicht umgeschwenkt, sie wollte partout das CBL-Geld haben und darum weiter "prüfen". So war's.

Freundliche Grüße, Ihr Eberhard Schmalzried von der GABL.

PS: Wir von der GABL sehen es nach wie vor als unseren Erfolg an, dass das Projekt damals gekippt wurde. Ein nachträgliches öffentliches "Danke schön!" wäre schon angebracht, jetzt, vor dem Ende Ihrer letzten Amtszeit, meinen Sie nicht auch, Herr Noé?



Die Leonberger Abwasserversorgung sollte in die USA "verkauft" werden

07. November 1968 - erinnern Sie sich an die Ohrfeige vor 40 Jahren



Beate Klarsfeld 1968

Beate Klarsfeld wurde durch ihre Ohrfeige am 7. November 1968 gegen den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger berühmt.

Um auf dessen Vergangenheit als NSDAP-Mitglied (PG 2633930) hinzuweisen, initiierte Beate Klarsfeld verschiedene öffentliche Aktionen. So rief sie ihm 1968 im Bonner Bundestag zu: "Nazi, démissioné!" zu deutsch: "Nazi, tritt zurück!" Sie wurde abgeführt, aber alsbald freigelassen. Während eines CDU-Parteitags in Berlin bestieg sie erneut das Podium, ohrfeigte Kiesinger und rief "Nazi, Nazi!". Sie wurde daraufhin in einem Beschleunigten Verfahren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Allerdings wurde die Strafe 1969 in vier Monate auf Bewährung umgewandelt. 1974 erhielt Beate Klarsfeld in Israel die "Tapferkeitsmedaille der Ghetto-kämpfer". 1984 ehrte sie der französische Präsident François Mitterrand als "Ritter der Ehrenlegion". 2007 wurde sie vom Präsidenten Nicolas Sarkozy zum "Offizier der Ehrenlegion" ernannt. Beates Sohn, Arno Klarsfeld, ist heute persönlicher Berater des französischen Präsidenten Sarkozy.

Die Historikerin Marlis Prinzing hat für die Festschrift der Historischen Gesellschaft Stuttgart zu Ehren ihres scheidenden Präsidenten Professor Franz Quarthal ein Essay geschrieben über "geschichtsvergessene" baden-württembergische Ministerpräsidenten: "Landesväter im Abseits der Geschichte". Der Beitrag wurde in die Festschrift nicht aufgenommen, weil der Herausgeber negative Folgen für das Historische Institut der Uni Stuttgart durch die Landesregierung fürchtete. Über Beate Klarsfeld heißt es in dem Aufsatz von Marlis Prinzing: "1968 knallte es: Beate Klarsfeld ohrfeigte Kiesinger beim CDU-Parteitag in Berlin. Die damals 29-jährige Sozialdemokratin, die ihr Leben in den Dienst der Suche nach Untergetauchten stellte wie dem KZ-Arzt Josef Mengele und dem Gestapochef von Lyon, Klaus Barbie, hatte Kiesinger wegen seiner NS-Vergangenheit bereits mehrfach öffentlich beschimpft. Nun schlug sie zu". PS: Sie können den erwähnten unterdrückten Beitrag bei der GABL-Fraktion bekommen - Anruf genügt (29483)



29. November 1988 - vor zwanzig Jahren starb Erich Fried

Was es ist

Es ist Unsinn
sagt die Vernunft
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist Unglück
sagt die Berechnung
Es ist nichts als Schmerz
sagt die Angst
Es ist aussichtslos
sagt die Einricht
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Es ist lächerlich
sagt der Stolz
Es ist leichtsinnig
sagt die Vorsicht
Es ist unmöglich
sagt die Erfahrung
Es ist was es ist
sagt die Liebe

Herausgegeben von der GABL- Fraktion im Leonberger Gemeinderat - www.gabl.de

Dr. Axel Kühn, Dr. Bernd Murschel, Eberhard Schmalzried (verantwortlich), Klaus Wankmüller, Birgit Widmaier.
Die GABL-Postille hat eine Auflage von 4000 und erscheint 11 mal im Jahr. Sie liegt im "Büchervurm" Leonberg, Marktplatz 10 kostenlos zum Mitnehmen aus, ebenso im "Papierladen", Graf-Eberhard-Straße 4 und im Eltinger Schreibwareneck, Wilhelmstraße 39. Außerdem stecken wir sie in wechselnden Bezirken Leonbergs in die Briefkästen. Abonnenten schicken wir die GABL-Postille unentgeltlich und unverbindlich zu. Wenn auch Sie die GABL-Postille regelmäßig beziehen wollen, dann wenden Sie sich bitte an Dieter Schmidt in Leonberg, Hoffmannstraße 111, Telefon: 07152-23485, Fax: 03221-2349741, Email: Schmidt-de@arcor.de